

Kosten ökonomischer Ungleichstellung

Tom Krebs

Universität Mannheim

Fragestellung

- **Frage (allgemein):** Wie hoch sind die wirtschaftlichen und fiskalischen Kosten schlechter Rahmenbedingungen für die ökonomische Gleichstellung der Frauen?
- **Frage (konkret):** Wie stark würden Bruttoinlandsprodukt und fiskalische Nettomehreinnahmen einsteigen und die ökonomische Ungleichstellung sinken, wenn in den kommenden Jahren die Betreuungsinfrastruktur für Kinder und die Pflegeinfrastruktur massiv ausgebaut wird?
- **Perspektive:** Geschlechterspezifische ökonomische Ungleichheit ist ein gesellschaftliches Problem, weil sie für viele Frauen die ökonomische Eigenständigkeit gefährdet und weil sie schlecht für die Wirtschaft ist – es besteht hier kein „klassischer“ Trade-Off zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum

Maßnahmen

- **Ausbau der Infrastruktur zur Ganztagskinderbetreuung bis 2030:**
 - i) 500.000 zusätzliche Plätze in Kitas
 - ii) 900.000 zusätzliche Plätze an den Grundschulen
 - iii) 1,1 Mio. zusätzliche Plätze an den Schulen der Sekundarstufe I und II
- **Ausbau der Infrastruktur zur häuslichen Pflege bis 2030**

Ausbau der ambulanten Pflegedienste zur Unterstützung der häuslichen Pflege von 2 Millionen Pflegebedürftigen
- **Monetäre Anreize**

In dem „Ausbau-Szenario“ werden keine monetären Anreize (Reform des Steuersystems, Care-Geld) betrachtet

Methode

- **Simulationsanalyse** auf Basis eines mikrofundierten makroökonomischen Modells der deutschen Volkswirtschaft mit Haushaltsheterogenität und Suchfraktionen auf dem Arbeitsmarkt
- **Indikator Wirtschaftskraft:** Bruttoinlandsprodukt
- **Indikator öffentliche Finanzen:** Mehreinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben abzüglich zusätzlicher Sachinvestitionen und Personalkosten
- **Indikator Ungleichheit: Einkommenslücke $\Delta = (y_m - y_f) / y_m$**
 y_m : durchschnittliches Bruttoerwerbseinkommen von Männern in Familien mit Care-Arbeit (Kinder, pflegebedürftige Familienangehörige)
 y_f : durchschnittliches Bruttoerwerbseinkommen von Frauen in Familien mit Care-Arbeit (Kinder, pflegebedürftige Familienangehörige)
Konzept knüpft an das Konzept der nachhaltigen ökonomischen Eigenständigkeit an (Beblo, 2024)

Ergebnisse

- **Arbeitsmarkt:** Die **Erwerbstätigkeit** der Frauen mit Kindern oder Pflegebedürftigen steigt um rund 600.000 vollzeitäquivalente Stellen bis 2030
- **Wirtschaft:** Das **Bruttoinlandsprodukts** steigt um jährlich 60 Milliarden Euro (1,5 Prozent) bis 2030
- **Öffentliche Finanzen:** Die fiskalischen Nettomehreinnahmen erreichen den breake-even-Punkt 2030 und steigen auf jährlich 14 Milliarden Euro bis 2035
- **Ökonomische Gleichstellung:** Die Erwerbseinkommenslücke der Frauen mit Kindern oder Pflegebedürftigen sinkt um 4 Prozentpunkte von rund 53 Prozent auf 49 Prozent

Handlungsempfehlungen

- Eine gut ausgebaute öffentliche Betreuungs- und Pflegeinfrastruktur stärkt die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen, und reduziert die Ungleichheit
- Der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder und der Pflegeinfrastruktur zur häuslichen Pflege sollte höchste politische Priorität haben, denn die wirtschaftlichen des Nicht-Handelns sind sehr hoch
- Zusätzlich zum Infrastrukturausbau braucht es monetäre Anreize (Reform des Steuersystems, Einführung eines Care-Geldes), um eine gleichberechtigte Beteiligung an Care-Arbeit von Frauen und Männern zu fördern und damit die ökonomische Ungleichstellung der Frauen weiter zu reduzieren